

CONSEIL FÉDÉRAL
*Procès-verbal de la séance du 23 avril 1940*¹

671. Wahl von Herrn Wladyslaw Raczkiewicz zum Präsidenten
der Republik Polen

Politisches Departement. Antrag vom 19. April 1940

Mit Note vom 12. Februar letztthin² hat die polnische Gesandtschaft dem Politischen Departement ein Schreiben übermittelt, mit dem der Präsident der polnischen Republik, Herr Wladyslaw Raczkiewicz, den Bundesrat von seinem Amtsantritt in Kenntnis setzt.

Das Politische Departement hat nicht verfehlt, die heikle Frage, ob und in welcher Form diese Notifikation beantwortet werden solle, aufmerksam zu prüfen und hat insbesondere darauf gehalten, durch eine Umfrage bei andern neutralen Staaten – mit Einschluss des nichtkriegführenden Italiens – sich über deren Haltung zu erkundigen. Das Ergebnis dieser Umfrage lässt sich zusammenfassen wie folgt:

Die *Niederlande* und *Spanien* hatten die Notifikation des polnischen Staatspräsidenten noch nicht erhalten und sahen daher keine Veranlassung, ihre Stellungnahme zum voraus festzulegen. Immerhin wurde unserm Gesandten auf dem Ministerium des Auswärtigen in Madrid gesagt, dass andere Mitteilungen der dortigen polnischen Gesandtschaft, wie z. B. die Bekanntgabe der Verlegung des Sitzes der polnischen Regierung nach Angers, unbeantwortet gelassen worden seien. *Italien* hat die Notifikation erhalten, jedoch von einer Beantwortung abgesehen. *Belgien* hat seinerseits eine Umfrage veranstaltet und hatte, angesichts des Fehlens verschiedener Antworten, noch keinen Entscheid getroffen. Dagegen waren die am 25. Februar in Kopenhagen versammelten *skandinavischen* Aussenminister der übereinstimmenden Meinung, es liege kein Grund vor, die Notifikation des Amtsantrittes des Präsidenten der polnischen Republik nicht in der üblichen Weise zu beantworten.

Die Stellungnahme Italiens und Spaniens, die durch die politische Einstellung dieser Staaten bedingt wird, dürfte kaum für die Schweiz wegleitend sein. Das Departement ist der Ansicht, dass unsere Haltung derjenigen Schwedens, Norwegens und Dänemarks entsprechen sollte. Solange der Bundesrat an seinem Beschluss vom 9. Januar d.J. festhält³, dahingehend, an der Stellung der polnischen Gesandtschaft in Bern nichts zu ändern und Herrn Minister Martin weiterhin als Gesandten in Polen zu betrachten⁴, scheint einer Beantwortung

1. *Étaient absents: H. Obrecht, E. Wetter.*

2. *Non reproduite; cf. E 2001 (D) 2/50.*

3. *Non reproduit; cf. E 1004.1 1/393, PVCF N° 22.*

4. *Cf. N° 177.*

23 AVRIL 1940

627

des Schreibens des Präsidenten der polnischen Republik nichts entgegenzu-
stehen. Das Politische Departement hat am 6. Oktober 1939⁵ den Empfang
der Note bestätigt, mit der am 1. Oktober die polnische Gesandtschaft ihm den
Amtsantritt und die Vereidigung des Präsidenten Raczkiewicz zur Kenntnis
gebracht hatte.

Antragsgemäss wird

beschlossen,

die übliche Antwort an den Präsidenten der polnischen Republik zu richten.

5. *Non reproduite; cf. E 2001 (D) 2/50.*